

Policy" liegen, über die ich Ihnen unter Nr. J.12.3. verschiedentlich schrieb. Die Labor Unions sind nämlich aus begreiflichen Gründen ein sehr guter Acker, in dem die Saat der Aktionen für eine vollständige philippinische Unabhängigkeit in wirtschaftlicher Richtung, unter Ausmerzung der fremden Einflüsse im Handel und in der Industrie, aufgehen könnte. Ganz allgemein aber deutet die zunehmende Aggressivität der Labor Unions, verbunden mit den immer häufiger werdenden Streiks, darauf hin, dass sie gewillt sind, noch eine aktivere Rolle zu spielen als bisher. Dass dabei die politische Seite von Bedeutung ist, ergibt sich aus dem Hineintragen politischer Momente in die Streikbewegungen. Dies wurde manifestiert beim kürzlichen Streik von einigen tausend Arbeitern der staatlichen Verwaltung des "Government Service Insurance System" (GSIS) und auch beim Streik der Hafentarbeiter, der eine Zeitlang die Hafentätigkeit lahm legte.

Inspiziert sind die Labor Unions und ihre Führer vor allem durch die Labor-Bewegung und die Streiks in Amerika. Die Labor-Gesetzgebung kam übrigens aus diesem Land nach den Philippinen. Man fasst die Labor-Organisationen hauptsächlich als Unternehmungen auf, die nur Rechte und keine oder nur wenige Pflichten haben. Die klassischen Regeln des Streiks missachtet man und schreitet sehr oft zu Gewalt aller Art, eingeschlossen Nötigungen, körperliche Angriffe auf Personen, Verleumdungen und Beschimpfungen sowie Beschädigungen von Eigentum. Dies hat sich recht anschaulich im Streik der Alhambra gezeigt. Es wurden Automobile der Geschäftsleitung umgeworfen und beschädigt, es sind Angehörige des schweizerischen Arbeiterstabs verletzt worden und man schritt auch zur "Steinigung" der Fabrikgebäude unter Zertrümmerung von Scheiben usw. Nicht nur zog man als Streikposten streikende Arbeiter bei, sondern man bediente sich auch anderer Elemente, die das Areal der Fabrik abriegelten und gegen Streikbrecher vorgingen. Man verhinderte den freien Ein- und Ausgang von Schweizern, die der Geschäftsleitung angehören. Infolge dieser Zustände waren einige davon gezwungen, kürzere oder längere Dauer im Fabrikgebäude zu verharren, weil sie dort regelrecht eingeschlossen waren. Als schliesslich die Telephondrähte durchschnitten und die Versorgung mit Beleuchtungsstrom unterbunden wurden sowie eine vollständige Trennung von der Aussenwelt eintrat, mussten vier schweizerische Angestellte mit Hilfe der Polizei und des Arbeitsministers evakuiert werden.

Die Polizei hat sich übrigens stets sehr lauwarm gezeigt. Dies hat verschiedene Gründe, Einmal bestehen starke Sympathien mit den Streikenden. Sodann sind die Verhältnisse in der Stadtverwaltung derart, dass öfters zwischen dem Bürgermeister und seiner Polizei Spannungen entstehen. Schliesslich existiert ein ausgesprochenes Miss- und Hassverhältnis

- 3 -

zwischen dem Bürgermeister und dem Vizebürgermeister, das naturgemäss auch auf die Polizei abfährt. Im allgemeinen aber ist die Manila-Polizei, von lobenswerten Ausnahmen abgesehen, alles andere als eine mustergültige Polizeitruppe. Es befinden sich in ihr Leute mit zweifelhafter Vergangenheit und solche die öfters bereit sind, bei kleinsten Disputen, auch mit Kollegen, von ihrer Waffe Gebrauch zu machen.

Das schlimmste während der Streikzeit der Alhambra ereignete sich, nachdem der zuständige Richter am 3. Juli 1959 eine vorläufige Verfügung erlassen hatte, wonach er anordnete:

- "a) to refrain from obstructing, stopping, blocking or in any way preventing the free entry of the public, including company officials, staff members and employees, into the company premises, and likewise to refrain from preventing them from leaving the company premises;
- b) to refrain from obstructing, stopping, coercing or searching vehicles which want to enter or leave the premises of the company".

In Missachtung dieser Verfügung wurden die Gewaltakte, die Beschimpfungen und Beleidigungen noch ärger und das Benehmen der Streikenden noch unqualifizierbarer als zuvor. Die Streikleitung, d.h. die erwähnte Labor Union der Alhambra und die vorgesetzten Unions taten nichts, um die Disziplin im Sinne des Gerichtsentscheides herzustellen. Die Aktionen waren nicht mehr unter Kontrolle der Leitung. Erst gestern noch sind schweizerische Angehörige der Geschäftsleitung der Alhambra, als sie sich zu einem "Hearing" begeben mussten, von einigen Streikenden, die sich bis jetzt besonders durch ein verwerfliches Verhalten ausgezeichnet hatten, im Gebäude, wo die Verhandlung stattfand, beschimpft und u.a. mit "white monkeys" betitelt worden.

Ich berichte Ihnen dies alles, um aufzuzeigen, wie schwierig es zur Zeit für eine Firma, insbesondere für eine ausländische, ist, mit den hiesigen Arbeitern und den bestehenden Labor-Organisationen auszukommen, wenn man ihnen nicht alle Konzessionen macht und sie mit Glacéhandschuhen behandelt.

Der Streik der Alhambra wurde vom Zaun gerissen durch einen Chauffeur, der den Personalchef beschimpfte und beleidigte und vom Gericht auf Klage des Chefs hin verurteilt wurde. Begreiflicherweise entliess ihn die Firma, was Anlass zum Streik gab. Die Labor Union der Alhambra verlangte in der Folge seine Wiedereinstellung und begehrte darüber hinaus die Entlassung des Personalchefs, ja sogar eines schweizerischen Mitgliedes der Fabrikleitung. Gegen diesen wurde überdies ein Verfahren wegen antiphilippinischer Gesinnung und Handlung eingeleitet, wobei man sich, wie dies in solchen Fällen geschieht, aller Mittel bedient. Es ist übrigens in diesem Lande leicht, Zeugen zu kaufen und Affidavits fabrizieren zu lassen.

- 4 -

Ich habe schon vor Wochen den mir gut bekannten Arbeitsminister auf die unhaltbare Situation im Alhambra-Streik hingewiesen. Er versuchte zu vermitteln, was ihm misslang. Uebrigens war er den Labor Unions gegenüber aus verschiedenen politischen Gründen nicht ganz frei, so dass er schon deshalb nicht durchzuschlagen vermochte. Einmal ist nicht zu vergessen, dass das laufende Jahr ein Wahljahr ist. Sodann hatte der Arbeitsminister einen Streik der der "Katipunang Manggagawang Pilipino" angeschlossenen Organisationen zu verhindern, den diese im Zusammenhang mit der "Margin Bill" ("An Act to Authorize the Central Bank of the Philippines to Establish a Margin over Banks Selling Rates of Foreign Exchange") auszulösen drohten. Darüber habe ich Ihnen unter N.40.64 bei der Berichterstattung über das erwähnte Gesetz seinerzeit geschrieben.

Infolge der zunehmenden Gewaltakte nach der vorläufigen Verfügung vom 3. Juli 1959 hat die Kompromissbereitschaft der Alhambra einleuchtenderweise gelitten. Ihre Forderungen sind infolgedessen schärfer geworden als sie vor der Gerichtsverfügung waren. Sie gehen heute dahin:

1. An der Entlassung des Chauffeurs festzuhalten;
2. die Entlassung des Personalchefs und eines schweizerischen Mitgliedes der Geschäftsleitung strikte abzulehnen;
(mit diesen beiden Punkten hat sich die Streikleitung abgefunden) -
3. 8 der Streikenden, die Gewaltakte krimineller Natur begingen, definitiv zu entlassen;
4. 22 weitere nur nach erfolgter Entschuldigung wieder einzustellen und
5. nach einer Frist von drei Monaten nach Arbeitsaufnahme, je nach dem Stand der Produktion und der Zurückgewinnung der verlorenen In- und hauptsächlich Auslandsmärkte, sich vorzubehalten, die Zahl der Arbeitskräfte wenn nötig zu reduzieren.

Bei einer gestrigen vierstündigen Besprechung, die unter Mithilfe des Arbeitsministers auf der Botschaft stattfand, zeichnete sich eine Möglichkeit der Verständigung ab. Die Gewerkschaftsführer mussten davon Kenntnis nehmen, dass die Geschäftsleitung der Alhambra eher zu einer vollständigen Schliessung des Betriebes entschlossen ist als zum Nachgeben in Punkten grundsätzlicher Natur. Das würde bedeuten, dass gegen 700 Arbeiter ihre Stelle definitiv verlieren. Es sind ohnehin schon einige hunderttausend Pesos an Löhnen verloren gegangen.

Ich füge bei, dass der Leiter der FOITAF allem An-

- 5 -

schein nach sehr links gerichtete Anschauungen in seine Gewerkschaft hineinträgt und eine solche Haltung auch im Streik der Alhambra zeigte. Es handelt sich um einen Mann, der seinerzeit wegen kommunistischer Umtriebe verurteilt wurde. Es ist im übrigen nicht ausgeschlossen, dass ein anderer seinerzeit als Kommunist verurteilter Philippiner, der den gleichen Namen trägt wie der oben erwähnte Chauffeur, der Urheber des Streiks, mit diesem verwandt ist. Diese Tatsachen und Vermutungen belegen, bzw. erklären, die eingangsgemachten Bemerkungen, dass politische Aktionen in die Gewerkschaften hineingetragen werden. Es ist auch nicht von ungefähr, dass der kürzlich entlassene Verteidigungsminister, dem wichtiges kommunistisches Material infolge von Konfiskationen zur Verfügung stand, seit Monaten ständig vor der kommunistischen Gefahr warnte. Er erklärte, dass die Kommunisten von der offenen Gewalt, die übrigens seinerzeit gebrochen wurde, zur Tätigkeit der Subversion und Infiltration übergegangen seien und versuchen, in politischen Parteien, Gewerkschaften und andern Organisationen ihren Einfluss geltend zu machen. Er prägte die Behauptung, dass die Kommunisten in den Philippinen daran seien, den Kampf auf "legislativem und parlamentarischem Boden" zu gewinnen.

Ueber die Kommunisten in den Philippinen werde ich Ihnen in einem späteren Bericht näheres mitteilen, auf Grund eines vom Verteidigungsministerium einem führenden Kommunisten im letzten Jahr abgenommenen Dokumentes, das 87 grosse Maschinenschreibseiten umfasst. Es enthält eine Analyse der wirtschaftlichen und finanziellen Situation in den Philippinen, eine Studie der innen- und aussenpolitischen Lage und die daraus gezogenen Konsequenzen. Diese werden in einem Aufgabenprogramm näher umschrieben, das sechs Punkte einschliesst.

Eine Kopie des erwähnten Dokumentes habe ich mir kürzlich von massgebender philippinischer Stelle beschaffen können.

Ich versichere Sie, Herr Minister, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER:

Kopie geht an:

Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, Bern;

Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Bern;

Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Zürich.